

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/46

9. März 1976

Demokratische Bewährung 1946

Vor 30 Jahren: Berlins Sozialdemokraten gegen die
Zwangvereinigung mit der KPD

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Seite 1 und 2 / 84 Zeilen

Brüssel muß Bestandsaufnahme machen

Zu den Agrarpreisverhandlungen der EG

Von Dr. Martin Schmidt-Bellersen MdB

Vorsitzender des Bundestageausschusses für Ernährung/
Landwirtschaft/Forsten und Mitglied des SPD-Fraktions-
vorstandes

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Nochmals Jugenderbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz

Blüme skandalöse Rechtfertigung eines skandalösen
Zustandes

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Wirtschaft

Seite 5 / 39 Zeilen

Deutsche Teilung für die Konservativen?

EG-Christen besuchen die deutschen Hauptstädte Bonn
und München

Von Horet Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 6 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 38
Telefax: 08 88 946 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

Demokratische Bewährung 1946

Vor 30 Jahren: Berlins Sozialdemokraten
gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD

Von Dr. Ulrich Lübber MdB

Wie es um das Verhältnis der deutschen Sozialdemokraten zu den Kommunisten in ihrem Lande stehe: diese Frage, ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl in den Zentralen der Unions-Parteien konstruiert, findet in mancher publizistischen Ecke ein vordergründiges Interesse. Eine Ausstellung im Berliner Reichstagsgebäude, die die Bundestagspräsidentin Annemarie Renger am 13. März 1976 eröffnen wird, mag allen ernsthaft Interessierten Einblicke geben.

30 Jahre her ist es, daß mit Leidenschaft darüber gestritten wurde, ob nicht nach dem Erlebnis der Konzentrationslager beide Arbeiterparteien ihren Weg gemeinsam gehen sollten. In der sowjetischen Besatzungszone, die allein seit Juni 1945 eine einheitliche SPD-Organisation unter Grotewohl besaß, rotierte seit Anfang 1946 die Kampagne für die "Einheit der Arbeiterklasse". Während des Sommers 1945 war das Thema unter Sozialdemokraten diskutiert worden, doch die KPD hatte abgewinkt. Wie sich herausstellte, erhoffte sie sich bei den ersten Nachkriegswahlen einen Sieg auch ohne fremden Blutspender. Die Wahlen in Ungarn am 11. und die in Österreich am 25. November 1945 jedoch gingen katastrophal für die Kommunisten aus. In beider Ländern wurden sie von den Sozialdemokraten überholt.

Pieck und Ulbrichte KPD in der deutschen Sowjetzone schwenkte in nehtloser Übereinstimmung mit der Besatzungsmacht auf die "Sozialistische Einheitspartei" um. Der SPD-Zentrallausschuß kapitulierte und die noch von Dritten Reich her bekannten "spontanen" Volksstimmen zugunsten der Vereinigung beider Parteien nahmen ihren Anfang. Wo sich Ablehnung oder Widerstand erhob, wurde er mit tätlicher Hilfe der Sowjets gebrochen. Vereinigungsgegner fanden sich in jenen Lagern wieder, in denen noch acht Monate vorher die SS ihre Herrschaft ausgeübt hatte. Dieser gewaltsame Weg, Andersdenkende zu "Überzeugen", diskriminierte das Unternehmen Einheitspartei in kurzer Zeit. Kurt Schumacher Skepsis aus dem Herbst 1945, ob sich denn die Kommunisten wirklich gewandelt hätten, erwies sich voll berechtigt: "Es handelt sich nämlich nicht um die Verschmelzung der Sozialdemokratischen mit der Kommunistischen Partei, sondern um die 'kommandierte Eroberung' der Sozialdemokratischen Partei. Würde sie gelingen, dann wäre damit nur der erste Schritt auf einem Wege getan, der zu einer Einheitspartei - vielleicht auf dem Umweg über die Einheitsliste - bei kommenden Wahlen führen würde".

In Berlin entstand eine Gegenbewegung unter Franz Neumann, die in einer Urabstimmung alle SPD-Mitglieder fragen wollte, ob sie für den Zusammenschluß mit der KPD einträten. Grotewohls Zentrallausschuß in der Ost-Berliner Behrenstraße, schon ganz von den Sowjets abhängig, argumentierte gegen diese Abstimmung, daß nur "Spalter der Arbeiterklasse" ein Interesse daran haben könnten, der breiten Massenbewegung für die Vereinigung Steine in den Weg zu legen. "Feinde der Arbeiterklasse, die in deren Namen auftreten, nehmen den Festgeruch des Verräters auf den Schindanger mit" schimpfte das Zentralorgan der KPD.

In den acht SPD-Kreisverbänden des Berliner Ostsektors wurde die Urabstimmung von den Sowjets kurzerhand verboten, sie konnte am 31. März 1946 nur in den

drei Westsektoren stattfinden. 82 vH der Abstimmenden lehnten die Fusion mit den Kommunisten ab. In der Zone aber ging die Zwangsvereinigung mit dem symbolischen Händedruck Piasch-Grotewohl über die Bühne des Ost-Berliner Admiralspalastes: 600 000 Sozialdemokraten wurden über Nacht in die neue SED gleichgeschaltet. Nur in Berlin gelang es den Westalliierten, die SPD im Ostsektor selbständig zu erhalten, indem sie damit die Zulassung der neuen SED verbanden. Was zunächst wie parteiinterne Vorgänge ausgesehen hatte, fand nun breites Interesse bei einer Bevölkerung, die nach den zwölf Jahren Diktatur noch nicht wieder hatte an Wahlurnen treten dürfen. Der schon vorsichtig vom Ausland geäußerte Zweifel, ob die Deutschen gelernt hätten, die Spuren einer neuen Einparteienherrschaft zu erkennen, war ausgeräumt.

Kurt Schumacher rückte den Vorgang an die breiteste Öffentlichkeit: "In Wahrheit spielen sich jetzt Auseinandersetzungen auf deutschem Boden ab, die für ganz Europa und darüber hinaus für die Welt von Bedeutung sind. Eine scheinbar parteipolitische Auseinandersetzung, die jetzt in Deutschland im Mittelpunkt des Interesses steht, ist tatsächlich ein Stück zukünftigen Schicksal Europas. Die Sozialdemokratie glaubt, daß der Kern des Problems der Kampf um die Frage ist, ob Europa demokratisch oder diktatorisch geformt werden soll. Es wird Zeit, daß Europa und die Welt selbst erkennen, worum es hier geht, und daß eine 'Sozialistische Einheitspartei' nichts weiter wäre als die Fortsetzung der Kommunistischen Partei unter anderem Namen."

Erschreckend helleuchtige Worte aus einer Zeit von vor 30 Jahren, aktuell wie immer. Verträge mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung zur Regelung praktischer Fragen sind und werden weiterhin nötig sein, um menschliches Elend zu verringern und Spannungen sich nicht bis zur Explosion aufladen zu lassen. Die Rolle der Partei tangiert diese notwendige Politik nicht, auch wenn sich Kommunisten anzuhängen versuchen.

Den Berliner Sozialdemokraten, die den 31. März 1976 mit Willy Brandt feierlich begehen werden, bleibt der Stolz, sich hellwach gegen eine Strömung gewendet zu haben, die im Trümmerfeld zehn Monate nach Hitler mancherorts logisch erschien, andererseits aber wenig zur Kenntnis genommen wurde. Und doch: Ohne eine intakte und selbständige Berliner SPD wären Louise Schroeder und Ernst Reuter nicht denkbar gewesen, hätte der Kampf gegen die Blockade 1948/49 nicht seine Form annehmen könnten, die die politische Ordnung in den Westzonen beeinflusste. 64 vH der West-Berliner gaben auf dem Höhepunkt der Blockade der SPD ihre Stimme und setzten auf die Partei der Urabstimmung. Ihr Vertrauen wurde nicht enttäuscht. (4/9.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Brüssel muß Bestandsaufnahme machen

Zu den Agrarpreisverhandlungen der EG

Von Dr. Martin Schmidt-Gellersen MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung/

Landwirtschaft/Forsten und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Unter dem Eindruck der Bauerndemonstrationen in Südfrankreich haben sich die EG-Landwirtschaftsminister nach tagelangen Dauerverhandlungen auf die sog. administrierten Erzeugerpreise für das Agrar-Wirtschaftsjahr 1976/77 geeinigt. Gleichzeitig haben sie ein Bündel von Maßnahmen und nationalen Sonderregelungen beschlossen, die allein die Gewähr zu bieten schienen, daß auch die diesjährige Preisrunde unversehrt über die Brüsseler Hürde gehievt werden kann.

Fortgesetzt wurde die im vergangenen Frühjahr erstmals erprobte Lösung einer uneinheitlichen Preisregelung in den neun Partnerländern. Während Frankreich, England und Dänemark, durch Geldentwertung und Arbeitslosigkeit als wirtschaftlich angeschlagene EG-Mitglieder, eine Anhebung der Erzeugerpreise von durchschnittlich 7,5 vH erzielten, fiel die Erhöhung für die wirtschaftlich wesentlich stabileren Benelux-Länder und die Bundesrepublik geringer aus. Durch Veränderung des Umrechnungskurses der "Grünen Mark" von 3,58 auf 3,48 DM je RE wird das Niveau der Richtpreise für die Bundesrepublik um rd. fünf vH angehoben, das Interventions-Preisniveau wird um rd. vier vH erhöht.

Die deutschen Bauern können mit diesem Ergebnis zufrieden sein, denn schließlich hatte die Kommission mit ihnen Schlimmeres im Sinn. Der Intervention des deutschen Landwirtschaftsministers ist zu verdanken, daß das Preisniveau für die deutsche Landwirtschaft nicht um ein weiteres Prozent herabgesetzt wurde. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes besilte sich denn auch, das Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen im Grundsatz zu begrüßen, wenngleich er mit vollem Recht ein "großes Fragezeichen" hinter die Angaben über die Einkommensverbesserungen für die deutschen Bauern - angeblich 4,5 vH - gesetzt hat. Jedermann weiß, daß bei der derzeit günstigen Marktlage die beschlossenen Preise geringe bis nahezu keine Auswirkungen auf den Marktpreis haben, so daß die geschätzten 4,5 vH, die durch theoretische

Hochrechnereien zustande kommen, ein wenig abenteuerlich anmuten, jedenfalls voreilig präsentiert sind. Ebenso voreilig und sicherlich falsch sind die Schlußfolgerungen, die der Verbraucher-Vertreter Schlier aus den druckfrischen Brüsseler Meldungen zog, als er ohne Verzug behauptete, der Brüsseler Kompromiß sei ein "Verstoß gegen die Stabilitätspolitik", er verstärke die Geldentwertung und erschwere den wirtschaftlichen Aufschwung. Fachleute sind zurückhaltender, wenn es um die Wertung eines prallen Beschluß-Bündels geht, das in nächtlicher Eile zusammengeschürzt wird, und dann noch Tage später die Experten daran sitzen, das Bündel aufzuschnüren, zu entwirren und an Hand von Protokollen festzustellen, was abgekämpfte Minister unter dem Zwang zur Einigung wirklich beschlossen haben.

Echte Skepsis ist jedoch schon jetzt bei den Beschlüssen angebracht, die zum Abbau der strukturellen Überschüsse bei Milch und Wein führen sollen. Allem Anschein nach werden die deutschen Milcherzeuger nach den getroffenen Regelungen zur Heratellung des Marktgleichgewichts angehalten, während die Milchproduzenten in den Partnerländern trotz gewisser kosmetischer Operationen ungeniert weiter herausmelken, was die Euter hergeben. Die Sondermaßnahme für die Beimischung von Magermilchpulver in Futtermittel, umstritten wie sie wirtschaftlich und rechtlich ist, trägt schon jetzt das Zeichen einer Subvention auf der Stirn, die erfahrungsgemäß kaum zu befristet ist und uns noch teuer zu stehen kommen wird. Auch die Regelung, die zur Beilegung des italienisch-französischen Weinkrieges gefunden wurde, kann uns nicht befriedigen. Die Destillation von vier Millionen Hektolitern Wein bei einem Ankaufpreis von 1,4 RE pro Grad in Hektoliter muß dem Kenner der Materie die Sprache verachlagen. Kein Wunder also, daß italienische Experten noch in der Brüsseler Lobby einräumten, daß dies ein Preis sei, wie ihn Italien noch nie am Markt erzielt habe.

Über die zahlreichen anderen Sonderregelungen im jeweiligen nationalen Interesse, um die am grünen Tisch geboxt wurde und die ihre durchschlagende Wirkung haben werden, schweigt das Sängers Höflichkeit. Der finanzielle Knock out der Gemeinschaft kann nur verhindert werden, wenn die begonnene Bestandsaufnahme wirklich ernsthaft fortgesetzt wird und es nicht bei freundlichen Kammingesprächen bleibt.

(-/9.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Nochmals Jugendarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz

Blüme skandalöse Rechtfertigung eines skandalösen Zustandes

Von Dr. Kleue von Dohnanyi MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Im SPD-Pressedienst vom 27.1.1976 hatte MdB Egon Lutz auf die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz hingewiesen. Er hatte sich dabei auf den Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen bezogen. Für den Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl antwortete kein Mitglied der Landesregierung, sondern der CDU-Abg. Dr. Norbert Blüm. Was der Vorsitzende der Sozialausschüsse in Rheinland-Pfalz im CDU-Pressedienst am 18. Februar schrieb ist allerdings fast so skandalös wie der Zustand der Arbeitslosigkeit der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz selbst.

Abg. Blüm argumentiert nämlich wie folgt: Zwar gäbe es in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich viele jugendliche Arbeitslose, bezogen auf die Gesamtheit der Arbeitslosen, aber dies sei damit zu erklären, daß ja auch in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich viele Jugendliche arbeiten müßten. Gemessen an dieser Zahl - also an allen arbeitenden Jugendlichen - bleibe zwar Rheinland-Pfalz immer noch über dem Bundesdurchschnitt, schneide aber im Vergleich zu anderen Ländern gar nicht so schlecht ab.

Man muß Blüm zweimal lesen, um den eigenen Augen zu trauen. Richtig ist, daß nach dem Bericht des Bildungsrates 1975 die Schulbesuchsquote der einschlägigen Jahrgänge im Bundesdurchschnitt 47 vH beträgt, in Rheinland-Pfalz aber nur 34 vH und im Saarland nur 30 vH. Rheinland-Pfalz und das Saarland zwingen also mehr Jugendliche, Arbeit zu suchen (anstatt ihre Schulausbildung weiter voranzubringen) als die anderen Bundesländer. Und nun sagt der Abg. Blüm: Wenn davon anteilig nur etwa ebenso viele arbeitslos werden wie in anderen Bundesländern, ist die Lage nicht so schlimm: Es sind eben auch viele Jugendliche, die in Rheinland-Pfalz arbeiten müssen. So werden skandalöse Schul- und Ausbildungsverhältnisse zur Rechtfertigung unerträglich hoher Zahlen der jugendlichen Arbeitslosen.

Der CDU-Abg. Blüm sollte lieber helfen, für bessere Schulverhältnisse in Rheinland-Pfalz zu sorgen: Wenn nämlich auch in Rheinland-Pfalz mehr Kinder ihre Schule zu Ende brächten und ein weiteres Jahr noch etwas dazu lernten, dann müßten diese Kinder nicht in schwierigen Zeiten zum Arbeitsamt gehen. Dr. Blüms Statistik stimmt zwar scheinbar: Aber seine Schlußfolgerungen sind falsch. Denn richtig bleibt: Von allen Jugendlichen des Landes Rheinland-Pfalz sind dort unverhältnismäßig viele als Arbeitslose registriert. Nur dafür sollte nicht ausgerechnet der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse des Landes nach Entschuldigung und Rechtfertigung suchen. Schulaufgaben muß also nicht nur der CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl machen: Auch Dr. Norbert Blüm darf sich dezusetzen. (-/9.3.1976/va/je/pr)

+ + +

Deutsche Teilung für die Konservativen?

EG-Christen besuchen die deutschen Hauptstädte Bonn und München

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Als Monsieur Bertrand dieser Tage an den Rhein kam, muß ihm und der von ihm geführten Christdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament die Loreley in den Ohren geklungen haben. Die Schwierigkeiten der Christdemokratischen Parteien, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Partei-Struktur aufzubauen, sind bekannt. Zum Beispiel in Italien hat zu lange eine Christdemokratische Mehrheit regiert, und zu gründlich hat sie dieses Land ruiniert, um jetzt anders zu lavigieren, als durch einen stets verleugneten, aber schon seit einiger Zeit heimlich praktizierten Kompromiß mit den Kommunisten. Zu sehr zerstritten sind die drei kleinen Christdemokratischen Parteien in den Niederlanden. Aber auch in Belgien und Frankreich hat das nationale Band keineswegs eine einigende Kraft. Der europäische Wähler soll trotzdem nun bald glauben, daß hier alles anders wird.

Die Christdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament unternimmt zur Zeit im Hinblick auf die europäischen Direktwahlen im Jahre 1978 Reisen in die Hauptstädte aller EG-Mitgliedstaaten, um in Abstimmung mit den nationalen CD-Parteien die europäische Einheit aller Christdemokraten unter Beweis zu stellen. Gerade in dieser Frage sind sie, wie gesagt, nichts Gutes gewohnt. Aber was erlebte diese europäische CD-Fraktion in Bonn? Einen CDU-Vorsitzenden Kohl, der nach den Träumen seiner Getreuen einmal Bundeskanzler der gesamten Bundesrepublik Deutschland werden soll, aber bereits jetzt - als Kandidat - nicht für alle seine Wähler sprechen kann.

Schon beim Essen fing es an: Nicht etwa baten die beiden deutschen "Schwester"-Parteien gemeinsam zum Tisch. Nein, die CDU durfte das Mittagessen ausrichten, und abends ging's zur CSU in die Bayerische Landesvertretung. Damit aber nicht genug: Was Dr. Helmut Kohl und die Bundes-CDU in Bonn gehört, und was sie erklärt haben, gilt nur für sie, nicht für die CSU und ihren Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Die CD-Fraktion des Europäischen Parlaments, die erklärtermaßen regelmäßig die Hauptstädte der EG-Mitgliedstaaten besuchen will, fährt denn auch am 10. und 11. Juli nach München, "um dort dieselben Fragen und dieselben Probleme noch einmal mit Strauß zu besprechen" (Wörtliches Zitat von Monsieur Bertrand). Man sieht, nicht nur bei den Deutschen, auch bei den Europäern ist "Kohl ein starker Kanzlerkandidat".
(-/9.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller